

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/76

22. April 1975

Südostasien und wir

Delegation des Bundestages sammelt Eindrücke vor Ort

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 47 Zeilen

Eine Säule des Wohlstandes

Reform der beruflichen Bildung sichert gewerbliche
Leistungsfähigkeit

Von Prof. Dr. Hans Georg Schachtschabel MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Selbständige in der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

EG-Verkehrspolitik im Bundestag

Die Gemeinschaft könnte aus Bonn Impulse bekommen

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 5 / 41 Zeilen

Mehr Hilfe für die Älteren

Zum Landesaltenplan Nordrhein-Westfalens

Seite 6 / 39 Zeilen

Im Kandidatenhimmel der Union

Gesang der Erzengel Carstens, Kohl und Stoltenberg
(frei nach Goethe, Faust I)

Seite 7 / 24 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 87 - 30
Telefax: 05 55 545 - 48 ppbn d

Herausgeber und Vorleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 3766 11

Südostasien und wir

Delegation des Bundestages sammelt Eindrücke vor Ort

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Vom 26. April bis 9. Mai besucht eine offizielle Delegation des Deutschen Bundestages Thailand, Singapur und Indonesien. Durch die jüngsten Ereignisse in Süd-Vietnam und in Kambodscha erhält die Reise eine erhöhte außenpolitische Bedeutung. Nach der Schwächung der amerikanischen Position in Asien beginnt im Schatten Chinas und der Sowjetunion ein kompliziertes politisches Spiel, an dem auch Vietnamesen, Khmer, Laoten und Nordkoreaner beteiligt sind und das über kurz oder lang zu einer allgemeinen Modifizierung der Außen- und Verteidigungspolitik der Staaten im südostasiatischen Raum führen wird.

Gerade die gegenwärtige Lage erfordert es, daß wir den südostasiatischen Staaten, die auf unsere wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und unsere Freundschaft immer Wert gelegt haben, deutlich machen, daß wir ihre aktuellen Probleme und Sorgen kennenlernen wollen und im Rahmen unserer Möglichkeiten und Kräfte zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zu einem politischen Meinungsaustausch bereit sind. Das gilt besonders auch für Thailand mit seinen rund 40 Millionen Einwohnern, ein Land, in dem sich zur Zeit verschiedene politische Gruppierungen mit labiler Balance gegenüberstehen. Seit den Parlamentswahlen vom 26. Januar 1975 bemüht man sich in Bangkok um eine funktionierende Demokratie und einen freiheitlich gesicherten Weg in die Zukunft. Dabei sind unruhige Grenzen und eine sehr unterschiedliche Infrastruktur im Inneren des Landes erhebliche Probleme, von denen sich die Bundestagsdelegation an Ort und Stelle einen Eindruck verschaffen möchte.

Im Stadtstaat Singapur, der zweiten Station der Informationsreise,

gilt das besonders Interesse dem bemerkenswerten Erfolg, mit dem im vergangenen Jahr die negativen Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen Stagnation bekämpft wurden. Singapur mit seinen 2,3 Millionen Einwohnern betreibt eine weltoffene Wirtschaftsstrategie und eine pragmatische Außenpolitik, die auch, besonders durch die guten Kontakte zwischen Premierminister Lee Kuan Yew und Willy Brandt, die Beziehungen zur Bundesrepublik vertieft haben.

Indonesien ist ein beachtlicher Partner, der nicht zuletzt durch seine Erdölvorkommen weiter an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen hat. Der Staatshaushalt für 1975/76 wächst gegenüber dem Haushaltsplan von 1974/75 um rund 73,4 Prozent. Mit zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Konsolidierung, die auch zu mehr innenpolitischer Stabilität führt, wächst das Interesse Jakartas an außenpolitischen Ereignissen. So bemüht sich z.B. Präsident Suharto um eine Intensivierung der Beziehungen seines Landes zu den Ölstaaten des Nahen Ostens. Mit Sorgfalt ist zu bedenken, daß die für dieses Jahr vorgesehene Kürzung westlicher Entwicklungshilfe an Indonesien nicht zu einer Erweiterung der finanziellen und wirtschaftlichen Hilfe und damit des Einflusses der sozialistischen Staaten führt. Auch die Bundesrepublik kann hier für ein Land, in dem 130 Millionen Menschen leben und das Deutsch als zweite Fremdsprache eingeführt hat, durch Unterstützung des Entwicklungshaushaltes einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch Burma, Malaysia und die Philippinen sollten zu den nächsten Zielen des parlamentarischen Austausches gehören. (-/22.4.1975/ks/pr)

+ + +

Eine Säule des Wohletendes

Reform der beruflichen Bildung sichert gewerbliche Leistungsfähigkeit

Von Prof. Dr. Hans Georg Schachtschabel MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Selbständige in der SPD-Bundestagsfraktion

Wer angesichts der tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft und der sich abzeichnenden neuen Formen internationaler Arbeitsteilungen die dynamische und innovative Leistungskraft der kleinen und mittleren Betriebe auf Dauer gesichert wissen will, muß durch geeignete Ausbildungsleistungen auch für einen entsprechend qualifizierten Nachwuchs sorgen.

Gegenwärtig kann vielfach eine sehr unterschiedliche Ausstattung der Ausbildungsbetriebe beobachtet werden. Viele, insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen, sind zu spezialisiert oder verfügen nicht über die erforderlichen Einrichtungen und Anlagen um allen Anforderungen moderner Ausbildungsordnungen zu entsprechen. Deshalb erscheint es notwendig, diese "Ausbildungslücke" durch überbetriebliche Ausbildungsstätten zu schließen. Hierdurch werden die Betriebe einerseits entlastet und andererseits die verstärkte Gewähr geboten, daß den Jugendlichen eine breite und qualifizierte Ausbildung zukommt. Das gegenwärtige System, nach dem die berufliche Bildung in unserem Lande gehandhabt wird, hat sich als zu bürokratisch, schwerfällig und ungemein zeitaufwendig erwiesen. Zur Erhaltung von Qualität und Leistungsfähigkeit des beruflichen Bildungssystems ist deshalb eine Konzentration aller an der beruflichen Bildung beteiligten Kräfte (öffentliche Hand, Gewerkschaften und Arbeitgeber) unerlässlich.

Die Anzahl der Ausbildungsplätze und die Leistungen der Ausbildungsstätten dürfen nicht den ständigen kurzfristigen Entwicklungsverläufen innerhalb unserer Volkswirtschaft unterworfen sein. Deshalb ist ein Finanzierungssystem erforderlich, das sowohl eine kontinuierliche Ausbildung gewährleistet als auch die damit im Zusammenhang stehenden Kosten gerechter verteilt. Die von der sozialliberalen Koalition vorgelegte Reform der beruflichen Bildung trägt den dargelegten Erfordernissen in vollem Umfang Rechnung. In ihren Grundzügen enthält sie folgende Regelungen:

- Einführung einer Berufsbildungsabgabe, die der Schaffung zusätzlicher und der Stabilisierung vorhandener Arbeitsplätze dienen soll. Ferner sollen die Unterhaltung überbetrieblicher Ausbildungsstätten sowie die Maßnahmen bei besonderen regionalen und sektoralen Mangellagen mit diesen

Mitteln finanziert werden. Das Finanzierungsinstrumentarium wird eingesetzt, wenn ein Überangebot von Ausbildungsplätzen in Höhe von mindestens 12,5 vH nicht mehr vorhanden ist. Durch dieses System soll ein an der Nachfrage orientiertes Ausbildungsplatzangebot geschaffen und gesichert werden.

- Verbesserung der Zusammenarbeit von den an der beruflichen Bildung verantwortlichen Kräften (Öffentliche Hand, Gewerkschaften und Arbeitgeber). Zu diesem Zweck dient die Einrichtung eines neuen Bundesinstituts für berufliche Bildung, das die bisherige unverbindliche Beratung in vielfältigen Gremien durch eine Konzentration von Kräften und Sachverstand ersetzen soll.

- Verbesserte Abstimmung der Ausbildungsinhalte in Betrieb- und Berufsschule durch eine engere "Verzahnung" der Ausbildungswege in beiden Lernorten. Auch hierzu soll das neue Bundesinstitut durch Zusammenarbeit von Berufsbildungspraxis und -forschung im Interesse einer Steigerung der Ausbildungsqualität beitragen. Ein alljährlicher Berufsbildungsbericht soll einen ständigen Überblick über Ausbildungsangebot, Finanzierungsauswirkungen, Ausbildungsqualität sowie über regionale und sektorale Entwicklungen gewährleisten. Dieser Bericht soll zu einem "Hauptbuch" der Berufsausbildung werden, damit die Berufsausbildung methodisch und inhaltlich Teil der Gesamtbildungsplanung wird.

- Durch Zusammenführung von Berufsausbildung und Weiterbildung zu einem beide umgreifenden System wird für die Arbeitnehmer ein Angebot für lebenslanges Lernen geschaffen. Dies dient zugleich zum schrittweisen Abbau der Ungleichgewichte, die zwischen der Erstausbildung, den weiterführenden Schulen sowie der beruflichen Bildung entstanden sind.

- Parallel zu den Gesetzgebungsverfahren erfolgt ein faires Angebot der Bundesregierung an die Länder für eine Verwaltungsvereinbarung, damit die Ausbildungsordnungen für die Betriebe (zuständig: der Bund) und Rahmenlehrpläne für die Berufsschulen (zuständig: die Lehrer) nach inhaltlicher Übereinstimmung asynchron in Kraft gesetzt werden können.

Die in dieser Form konzipierte Reform ist ein bedeutsamer Meilenstein im Rahmen der ständig notwendigen Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, und zwar auf der Grundlage des dualen Systems, das im Bereich des beruflichen Bildungswesens Staat und Wirtschaft zu gleichen Teilen in die Pflicht nimmt. Weil ein Mehr an sozialer Chancengleichheit der Auszubildenden sichergestellt wird, weil sie den gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten eines qualifiziert ausgebildeten Nachwuchses nachkommt und nicht zuletzt auch weil sie den ständigen volkswirtschaftlichen Veränderungen und Anpassungsprozessen Rechnung trägt, sollte die Reform der beruflichen Bildung bejaht werden, weil sie mit dazu beiträgt, Leistungsfähigkeit und Wohlfahrt innerhalb unserer Gesellschaft auch für die Zukunft zu sichern.

(-/22.4.1975/ks/pr)

+ + +

EG-Verkehrspolitik im Bundestag

Die Gemeinschaft könnte aus Bonn Impulse bekommen

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Verkehrsausschuß des Bundestages befaßte sich dieser Tage mit der Entwicklung der europäischen Verkehrspolitik. Das entsprach einem Wunsch der im Europäischen Parlament tätigen Verkehrspolitiker. Ausgangspunkt waren eine "Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft an den Rat über die weitere Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik" und eine Entschließung des Europäischen Parlaments zu diesem Thema.

Es darf als erfreulich bezeichnet werden, daß der Verkehrsausschuß sich ausreichend Zeit nahm, um den derzeitigen Stand im EG-Bereich zu erörtern. Die von den Europapolitikern getroffene Feststellung, daß die vielen vergeblichen Bemühungen um die Lösung von Einzelproblemen in der Vergangenheit gezeigt hätten, daß es nicht mehr ohne 'Einigkeit über verbindliche Zielvorstellungen' gehe, fand Zustimmung und Niederschlag in einer Resolution an den Bundestag. Dem Bundestag wird weiterhin zum Beschluß vorgeschlagen, die Bundesregierung möge sich im Ministerrat für die Leitgedanken der Kommission stark machen und für die Verabschiedung der Vorschläge sorgen.

Wurde auch im Verkehrsausschuß darauf verzichtet, alle Kapitel der EG-Vorlage intensiv zu behandeln, so wird bei einer Aussprache über europäische Verkehrspolitik im Bundestag dazu mehr Gelegenheit sein. Hier ging es zunächst nur um das generelle Ja zu einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik. Dieses wurde erklärt. Es bestand Einigkeit bei allen drei Fraktionen, daß die bisherige ständige Harmonisierung technischer Details zwar notwendig aber nicht ausreichend sei. Jetzt müsse endlich eine geschlossene Konzeption verabschiedet werden.

Auch die deutschen Verkehrspolitiker sind und bleiben realistisch. Sie wissen, daß gut gemeinte Vorlagen der Kommission und selbst langfristig anwendbare Stufenpläne - so richtig sie auch sein mögen - im Ministerrat einstimmig verabschiedet werden müssen. Solange dieses Einstimmigkeitsprinzip besteht, muß immer bis zur Zustimmung durch alle neun Regierungen verhandelt werden. Das ist mühsam. Der Bundesverkehrsminister wird jedenfalls in Kürze im Bundestag seine europäische Verantwortung darlegen und die Aktivitäten seiner Regierung zur Überwindung der Krise in der EG-Verkehrspolitik vortragen. Seine Ausgangsposition ist nicht schlecht, denn schon in der Vergangenheit wurden von deutscher Seite mehrfach Wiederbelebungsversuche unternommen. Geseheitert ist Europas Verkehrspolitik bislang jedenfalls nicht an den Deutschen. (-/22.4.1975/bgy)

+ + +

Mehr Hilfe für die Älteren

Zum Landesaltenplan Nordrhein-Westfalens

Einen Landesaltenplan 1975 - 1985 legte jetzt der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Werner Figgen (SPD), der Öffentlichkeit vor. Der Plan, der auf vier wissenschaftlichen Untersuchungen basiert, soll, so der Minister, alle Maßnahmen der Altenhilfe zu einem integrierten System zusammenfassen und "alle Landesteile gleichmäßig mit qualifizierten Einrichtungen versorgen".

Der Landesaltenplan, an dem jahrelang gearbeitet wurde, ist keineswegs ein Wahlgeschenk des Ministers; der Plan zeigt vielmehr eine mittelfristige Perspektive. Auch in den vergangenen Jahren hat die sozialliberale Regierung in Düsseldorf viel für die Senioren in bevölkerungsreichsten Bundesland getan:

- Vor zehn Jahren gab es es nur 2.500 Altenwohnungen in Nordrhein-Westfalen, heute: 40.000.

- Die Zahl der Altenwohnheime hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts verdoppelt. Allein in den vergangenen vier Jahren stieg die Zahl der Plätze in den Wohnheimen um nahezu 15.000. Der Bedarf ist fast gedeckt.

- Mehr als 70.000 betagte Mitbürger nahmen 1974 an vom Land geförderten Ferien- und Erholungsreisen teil.

Dennoch, es bleibt viel zu tun. Der Landesaltenplan - er stellt Bestand (1974) und Bedarf (1985) gegenüber - weist das deutlich aus. Ausgehend von den Preisen 1974 ergibt sich ein Gesamtfinanzierungsbedarf für Investitionen der Altenhilfe von 5,8 Milliarden DM. 55 vH dieser Summe werden das Land, 38 vH die Gemeinden und die Träger aufbringen müssen. Der Bund wird vermutlich acht vH der Investitionsmaßnahmen finanzieren. Beispielsweise soll bis 1985 der Bau von rund 100.000 Altenwohnungen durch öffentliche Mittel gefördert werden. Freilich werden nicht nur Neubauten benötigt; die geplante systematische Erweiterung der Altenhilfe erfordert natürlich auch eine hohe Zahl zusätzlicher Mitarbeit: Die Ausbildungskapazität muß also erhöht werden. Der Landesaltenplan geht davon aus, daß bis 1985 etwa 25.000 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen werden müssen.

Minister Figgen betont in diesem Zusammenhang: "Es geht uns natürlich nicht allein um die Betreuung unserer alten Mitbürger in stationären Einrichtungen. Wir legen vielmehr größten Wert auch auf solche Hilfen, die die Selbständigkeit der betagten Menschen fördern und sie möglichst lange erhalten. Es wird darauf ankommen, vor allem die Organisation der offenen Hilfen zu verbessern und zum Beispiel durch die Zusammenfassung der Alten-, Familien- und Gesundheitspflege in Schwerpunkteinrichtungen und Zentren noch schlagkräftiger als bisher zu machen."

Tim Arnold
(-/22.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Im Kandidatenhimmel der Union

Gesang der Erzengel Carstens, Kohl und Stoltenberg
(frei nach Goethe, Faust I)

Carstens: Franz Josef tönt nach alter Weise
mit unverfälschtem Bayernklang,
auf jeder neuen Wahlkampfreise
von Deutschlands rotem Untergang!

Alle drei: DEIN Anblick gibt den Schwachen Stärke
DEIN Wort den Bangen Trost und Mut.
Erhaben alle DEINE Werke,
und wären sie ein alter Hut!

Kohl: Und weiter drehst Du, immer weiter,
das Kandidatenkarussell.
Oh! sei mir wohlgesinnt und heiter,
und dreh es bitte nicht so schnell!

Alle drei: Oh! nimm uns auf, Du großer Meister,
an DEINE treue deutsche Brust.
Zwar scheiden sich an DIR die Geister,
doch unsre nicht, das sei bewußt!

Stoltenberg: Und Stürme jagst DU um die Wette
durch Deutschlands weiten Blätterwald,
wenn unerhört an jeder Stätte
DEIN Wort vom Saustall widerhallt!

Alle drei: DEIN Anblick, Strauß, gibt allen Stärke,
DEIN Wort den Schwachen Saft und Kraft.
Glückselig, wen durch DEINE Werke
als Kandidaten DU geschafft!

Heinrich Sprenger
(-/22.4.1975/ks/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller